

BLAUER AFD LANDKREIS

Landkreis Görlitz

02/21



Hajo Exner kandidiert für das Amt des Oberbürgermeisters in Löbau

Hajo Exner hat die Wendejahre und die damit verbundenen Strukturbrüche in unserer Heimatregion hautnah miterlebt.

Seite 4

Regionale Begleitausschüsse

Was bedeutet die Bildung der regionalen Begleitausschüsse für die Regionen, die vom Kohleausstieg direkt oder indirekt betroffen sind?

Seite 5

Absage von Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen

Während der Corona-Pandemie erleben wir die massive Einschränkung unserer verfassungsmäßigen Grundrechte. Kritik daran zu äußern ist richtig und wichtig.

Seite 9



Deutschland.
Aber normal.

www.afdgoerlitz.de
fb.com/afdgoerlitz.de

Vorwort



Liebe Landsleute, interessierte Leser und Freunde,
seit unser letzten Ausgabe sind einige Monate ins Land gegangen.

Neben den aktuellen unsäglichen Beschimpfungen von uns Ostdeutschen durch diesen Herrn Wanderwitz, der in seinem Amt als „Ostbeauftragter“ kläglich versagt, werden die Ereignisse und die Entwicklungen im Bund, in Sachsen und hier in unserer Region zunehmend von der Bundestagswahl am 26. September 2021 bestimmt. Aus meiner Sicht mit Recht, denn wir stehen vor einer Schicksalswahl für Deutschland und unser Volk!

Ganz besonders freue ich mich, hier das Grußwort in unserer Wahlkreiszeitung als Spitzenkandidat des Landes Sachsen für diese Bundestagswahl an Sie richten zu können.

Es ist mir eine Ehre, zusammen mit Alice Weidel unsere Alternative für Deutschland, unsere AfD, in diesen Bundestagswahlkampf führen zu dürfen. Dafür danke ich hier an dieser Stelle allen Mitgliedern, die uns gewählt und uns damit ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Das ist uns eine hohe Verpflichtung und wir werden ihr mit unserem Einsatz und unserer ganzen Kraft nachkommen.

In diesem positiven Sinne soll es mit unserer Region, mit Sachsen und unserer schönen Heimat der Lausitz weitergehen.

Viel Spaß und Freude beim Lesen

Ihr Tino Chrupalla

Die Corona-Lockdown-Krise und unsere Region

Die Unternehmen und ihre Angestellten sind bereits seit Beginn der Lockdown-Krise immensen Belastungen ausgesetzt. Die verantwortlichen Politiker sind nun gefragt, die durch den Lockdown entstandenen Schäden zu beheben, wo es noch geht. Ich weiß, dass die ostdeutschen Unternehmer und wir hier in der Lausitz unser Bestes geben werden. Die Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit Betriebe und die Menschen wieder Vertrauen bekommen, dass sich ihr Einsatz, ihre Leistungen lohnen werden! Dazu braucht es aber kompetente Politiker. Und da, liebe Freunde, sehe ich leider Herrn MP Kretschmer und seine Regierungsmannschaft als wenig geeignet an, diese Probleme angemessen realistisch, vernünftig und pragmatisch anzupacken!

Denn, unserer Lausitz droht eine nächste Wegzugswelle: Laut der repräsentativen Lausitz-Monitor-Umfrage 2021 droht Ostsachsen eine erhebliche Wegzugswelle. 45 Prozent der befragten 18- bis 29-jährigen sagten, sie planten ihre Heimat innerhalb der nächsten zwei Jahre zu verlassen.

„Die sächsische Regierung unter CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer hat es versäumt, der lausitzer Jugend eine Zukunftsperspektive aufzuzeigen. Stattdessen wird die ohnehin strukturschwache Region nach 30 Jahren der politischen Vernachlässigung immer weiter heruntergewirtschaftet. So verkündet Sachsens grüner Energieminister Wolfram Günther dieser Tage etwa, den Kohleausstieg erst im Jahr 2038 zu vollenden, sei ‚weltfremd‘. Ich frage mich, ob Herr Günther bei dieser Äußerung auch nur eine Minute darüber nachgedacht hat, was diese Worte für die jungen Menschen in der Lausitz bedeuten. Können wir ihnen keine sicheren Arbeitsplätze bieten, werden sie ihre Heimat verlassen, obwohl sie sich mit ihr identifizieren. Um diesen Niedergang zu verhindern, fordere ich die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone. Erst wenn die Energiepreise und Steuern in der Lausitz auf dem gleichen Niveau wie im benachbarten Polen sind, haben wir eine Chance, attraktive und innovative Industrieunternehmen für Ostsachsen zu begeistern.“

Und unsere kleine Anfrage vom 15. März hatte gezeigt:

Die Kohlemilliarden bringen keine neuen Jobs in die Lausitz. Der Kohleausstieg und der damit verbundene Strukturwandel wird mit 40 Milliarden Euro Steuergeld finanziert. Unsere Anfrage ergab nun, dass mit dem Geld in der Lausitz fast ausschließlich kommunale Strukturen saniert, aber keine neuen Jobs geschaffen werden (7/5835).

Wir setzen uns dafür ein, dass das dringend korrigiert wird!

Zur Wahl der Spitzenkandidaten



Alice Weidel und ich haben die Wahl zum Spitzenteam mit 71 Prozent der Stimmen für uns entscheiden können. Ein Handwerksmeister aus der Lausitz und eine promovierte Volkswirtin als Spitzenkandidaten! Das ist doch eine einzigartige Kombination und zeigt, wie vielschichtig unsere Alternative für Deutschland aufgestellt ist! Wie kam es dazu? Der Bundestag hat im April 2021 in Dresden für die direkte Wahl eines Spitzenduos durch alle Parteimitglieder gestimmt. Dr. Alice Weidel und ich haben uns diesem Verfahren gemeinsam gestellt. Es ist Teil unserer basisdemokratischen Kultur und Ausrichtung. Wir wollen und wir werden allen Mitgliedern unserer Alternative für Deutschland ein kraftvolles und schlagkräftiges Führungsteam für den Bundestagswahlkampf am 26. September sein.

Im Wahlkampf und der täglichen politischen Arbeit stehen wir für die Einheit und Geschlossenheit der Partei. Wir sind eine Stimme für alle Mitglieder, die auch in Zukunft in einem demokratischen und freiheitlichen Deutschland leben und arbeiten wollen. Wir beide zusammen decken das breite Spektrum der Interessen und der Meinungsvielfalt in unserer jungen und erfolgreichen Partei ab.

Unser Wahlkampf hat ein klares Ziel: wir wollen ein starkes Wahlergebnis erreichen, um mit einer schlagkräftigen Fraktion die Arbeit diszipliniert fortzusetzen. Wir werden unsere Kraft und Energie mit Herz und Verstand zum Nutzen der Partei und unseres Heimatlandes einsetzen.

Lasst uns gemeinsam für unsere Sache kämpfen und siegen!

MdB Tino Chrupalla

Spitzenkandidat

Bundessprecher der Alternative für Deutschland

stellv. Fraktionsvorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion,

Kreisvorsitzender der AfD Görlitz,

Hajo Exner kandidiert für das Amt des Oberbürgermeisters in Löbau



Hajo Exner am Löbauer Wasser, im Hintergrund die St. Nikolai Kirche

Hajo Exner, 53, geboren in Görlitz und lebt seit 20 Jahren in Markersdorf. Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Nach beruflicher Ausbildung zum Maschinenbautechniker und technischen Betriebswirt hat Herr Exner eine lange berufliche Laufbahn zurückgelegt. Er war u.a. als Baucontroller und Produktionsleiter im Maschinenbau tätig und ist seit 2005 selbständig im Bereich Natursteinbau. Selbstverständlich liebt Hajo Exner seine Heimat und setzt sich im Rahmen unserer AfD-Parteiarbeit verstärkt für diese ein. Er gehörte bereits 2017 zum Wahlkampfteam Tino Chrupalla und leitet seit 2019 dessen Wahlkreisbüros im AfD-Kreisverband Görlitz. Neben seiner Mitgliedschaft im AfD-Kreisvorstand ist er auch Vorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion Görlitz.

Hajo Exner hat die Wendejahre und die damit verbundenen Strukturbrüche in unserer Heimatregion hautnah miterlebt und kennt die Sorgen und Nöte der Bürger wie kein Zweiter. Als Oberbürgermeister von Löbau möchte er die Stadt und die Region mit mutigen Ideen wirtschaftlich, haushaltspolitisch, touristisch, sozial und umweltpolitisch voranbringen.



Hajo Exner auf dem Löbauer Berg, Honigbrunnen

„Gemeinsam schaffen wir eine starke Wirtschaft, die Krisen trotz und Wohlstand mehrt.“

Mit der Entwicklung Löbaus zum zentralen Wirtschaftsstandort im Landkreis Görlitz möchte Hajo Exner eine gezielte Wirtschaftsförderung für kleine und große Unternehmen etablieren. Der Mut, Unternehmen aufzubauen und zu führen sowie Arbeitsplätze zu schaffen, soll belohnt werden. Dies beinhaltet auch die Förderung von Startup-Projekten, den konsequenten Breitbandausbau und die Beschleunigung der Digitalisierung.

„Effizienz, Kostenkontrolle und Bürgerfreundlichkeit sind Grundlage einer soliden Verwaltung.“

Dies beinhaltet eine konsequente Optimierung und Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung.

„Lassen Sie uns Mut haben, wieder ansehnlich und schön zu bauen.“

So soll wieder eine ästhetisch anspruchsvollere Stadtentwicklung mit historischen Fassadengestaltungen vorangetrieben werden. Zudem möchte sich Hajo Exner verstärkt für die Sanierung des Stadions am Stadionweg starkmachen.

„Löbau wird ein Besuchermagnet der Region werden.“

Das Tourismuspotential von Löbau ist enorm. Mit dem Oberlausitzer Bergland, dem Zittauer Gebirge, den Kulturstädten Bautzen und Görlitz und dem Biosphärenreservat ist unsere wunderschöne Stadt Dreh- und Angelpunkt. Es benötigt ein umfassendes Tourismuskonzept, um unsere Stärken selbstbewusst in den Vordergrund zu rücken.

„Wälder und Naturräume schützen, statt Windkraftanlagen und überzogene CO2-Steuern.“

Als Oberbürgermeister wird sich Hajo Exner verstärkt für Baumpflanzungen und Aufforstungen einsetzen. Für Schüler möchte er u.a. die Einrichtung eines Naturgartens anregen, um das Umweltbewusstsein der Jüngsten zu fördern.

Dies sollen nur einige Ausschnitte aus dem Wahlprogramm Hajo Exners sein. Auch Kinder, Familie und Senioren, die Feuerwehr und der Bereich Haushalt und Finanzen sind weitere Kernbestandteile seiner ehrgeizigen Pläne. Getreu seinem Motto zeigen auch Sie am 26. September 2021 **„Mut für Löbau!“**

Regionale Begleitausschüsse

Was bedeutet die Bildung der regionalen Begleitausschüsse für die Regionen, die vom Kohleausstieg direkt oder indirekt betroffen sind? Der grundsätzliche Ansatz hätte und muss sein, dass derartige wichtige Gremien in einem demokratisch legitimierten Procedere aufgestellt und zur Abstimmung gebracht werden. Weder durch die betroffenen Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte, auch nicht durch den Landtag wurden diese gewählt, sondern ohne parlamentarische Kontrolle durch die Verwaltungen bestimmt. Die Staatsregierung hat die Regelungen zur Gewährung von Zuwendungen nach dem Investitionsgesetz Kohleregien (RL InvKG) als Förderrichtlinie erlassen, diese aber nicht als Ausführungsgesetz in den Landtag eingebracht (Beispiel: Ausführungsgesetze der Länder zu den Sozialgesetzbüchern).

Somit wurden je zwei Landkreise (Görlitz und Bautzen) durch die jeweiligen Landratsämter und somit durch Angehörige der Verwaltung ohne demokratische Legitimation der betroffenen Kreistage bestimmt. Statt auf einer demokratischen Legitimation der stimmberechtigten Mitglieder wird auf eine geschlechterparitätische Besetzung Wert gelegt. Den Vorsitz über die regionalen Begleitausschüsse haben immer die demokratisch nicht legitimierten Vertreter der Landratsämter. Auch die Durchführung der Sitzungen ist immer nicht öffentlich. Die Sitzungsunterlagen sowie der Sitzungsverlauf sind vertraulich. Mittels Telekommunikation zugeschaltete Stimmen sind bei der Beschlussfassung der regionalen Begleitausschüsse zulässig. Änderungen und Ergänzungen der Geschäftsordnung der regionalen Begleitausschüsse bedürfen immer des Einvernehmens des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung.

Warum hat die Staatsregierung eine Förderrichtlinie erlassen und kein Ausführungsgesetz in den Landtag eingebracht? Fragen über Fragen. Dieses Thema ist so brisant und tiefgreifend, dass wir erst am Anfang unserer Arbeit stehen, Licht in diesen dunklen Filz zu bringen. Aber genau das ist unsere und vorrangig auch meine Aufgabe, mit einem klaren Wählerauftrag für die Kernregion Weißwasser versehen, dafür zu sorgen, dass Zukunftsperspektiven für die Bürger unserer Heimat erhalten und geschaffen werden.

Wir bleiben dran und informieren Sie weiter.

„Erneuerbare Energie-Projekte“ auf Teufel komm raus?

Ganz im Norden unseres Landkreises scheiden sich gerade die Geister: Auf den Mulkwitzer Hochkippen, die als Erstaushub des Ende der 1960er Jahre neu aufgeschlossenen Tagebaus Nochten entstanden waren und mit unbeschreiblichen Mühen und Einsatz der Forstleute, nicht nur geologisch gesichert, sondern mit fachlicher Weitsicht so angelegt wurden, dass sich ein einzigartiges Biotop von Pflanzen und Tieren bilden konnte. Über Jahrzehnte relativ unberührt, finden

Fachleute dort eine nicht geringe Zahl von Pflanzen und Tieren, die auch auf der Roten Liste bedrohter Arten zu finden sind. Jeder, der das Gefühl hat, mit der Natur im Einklang zu leben, wird über ein derartiges Biotop erfreut sein.

Doch jetzt macht sich bei einer nicht geringen Zahl dort Beheimateter Unmut breit. Planungen, die bekannt wurden, besagen, dass dieses Habitat einer riesigen, mehrere Hektar großen Fläche einer Photovoltaikanlage geopfert werden soll. Menschen, die sich mit einer derartigen Zerstörung von Umwelt und Natur nicht abfinden wollen, gründeten eine Interessengemeinschaft zum Schutz dieser Areale.

Da hier dringender Handlungsbedarf besteht, sind auch wir als Politiker gefragt, klar Stellung zu beziehen. Die AfD als konsequente Kritikerin einer zügellosen und dem links-grünen Klimawahn geschuldeten Zerstörung unserer Kulturlandschaften, wird alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um dies auf den Mulkwitzer Hochkippen zu verhindern.



Mitglieder der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag bei einer Führung auf den Mulkwitzer Hochkippen

Ihr Roberto Kuhnert



Roberto Kuhnert, MdL

Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss

Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bergbaupolitischer Sprecher

Kontakt: buero@robertokuhnert.de

Der Wolf in Sachsen, eine Erfolgsstory!

Das alte Kinderlied „Fuchs du hast die Gans gestohlen“ muss umgedichtet werden in „Fuchs du hast den Strauß gestohlen“, so geschehen im März 2020 auf einem Straußenhof bei Zwickau. Dort wurden nacheinander 10 Strauße Opfer des Fuchses. Ja liebe Leser, Sie lesen richtig, der böse Reinecke hat 10 Strauße gekillt, ein Vogel, der sich in seiner Heimat gegen Geparden, Leoparden und sogar Löwen verteidigt, hat hierzulande keine Chance gegen den bösen Fuchs!

Meldungen von vermutlichen Wolfsrissen vom 01.01.2020 – 30.11.2020 (Drucksache 7/4857)

Anzahl gemeldeter vermutl. Nutztier-risse	Tierart	tot	ver-letzt	ver-schwun-den
20	Gatterwild (Dammwild)	42	1	15
2	Gatterwild (Muffelwild)	7	0	0
2	Gatterwild (Rotwild)	2	0	1
1	Huhn	3	0	0
10	Ziege	12	6	0
1	Känguru	1	0	1
3	Pferd	1	2	0
15	Rind	16	0	0
2	Alpaka	2	1	0
115	Schaf	292	49	10
5	Strauß	10	0	0
Summe: 176		388	59	27

Meldungen von bestätigten Wolfsrissen vom 01.01.2020 – 30.11.2020 (Drucksache 7/4857)

bestätigt Wolf als Verursacher	Tierart	tot	ver-letzt	ver-schwun-den
18	Gatterwild (Dammwild)	38	0	15
2	Gatterwild (Muffelwild)	7	0	0
7	Ziege	9	2	0
1	Rind	1	0	0
2	Alpaka	2	1	0
78	Schaf	241	38	9
Summe: 108		293	41	24

Der Besitzer bekam keinen einzigen Euro Entschädigung, da der zuständige Wolfsexperte mit Sicherheit als

Verursacher den Wolf ausschließen konnte.

Und so ist es nicht nur ihm ergangen, von 176 gemeldeten Fällen wurden 108 als geschädigte Fälle anerkannt, 64 Nutztierhalter wurden nicht entschädigt, da der Wolf nicht zu 100% nachgewiesen werden konnte oder weil ein Zaun ein paar Zentimeter zu niedrig war etc.

Die gemeldeten und nachgewiesenen Schäden an Nutztieren kann man in den beiden beigefügten Tabellen betrachten, die aus meiner kleinen Anfrage entnommen sind (Drucksache 7/4857).

Beim Vergleich der Tabellen muss man sich wirklich fragen, warum so viele Fälle nicht als Wolfsrisse anerkannt worden sind? Vielleicht hängt es mit den Entschädigungsleistungen zusammen? Es tut sich zumindest der Anschein auf, dass man auf Kosten der Tierhalter versucht, Geld einzusparen. Oder ist es der großen Fachkompetenz der Rissbegutachter geschuldet, die mit Macht versuchen, die Spur vom Wolf abzulenken? Beispielsweise wurden 16 Rinder als Nutztierrisse gemeldet, als Wolfsrisse anerkannt wurde nur ein Rind. Da war doch wieder der böse Fuchs oder ein Hund im Spiel! Die „Unantastbarkeit“ des Wolfes ist völlig aus den Fugen geraten. Bereits im Jahr 2019 wurden 251.100,00€ für „Kontaktbüros und Öffentlichkeitsarbeit“ ausgegeben, für „Förderung und Prävention“ 1.402.000,00€ und für „wissenschaftliche Begleitung und Management“ 363.200,00€. Für Präventivmaßnahmen hat der Freistaat Sachsen 2020 zudem 1.110.000,00€ an 986 Tierhalter ausgezahlt. Für das liebste Tier des links-grünen Mainstreams wurden so in den letzten Jahren im Freistaat Sachsen Millionen versenkt und es geht weiter!

Wir als AfD fordern deshalb ganz klar: Das ausschweifende Wolfsexperiment auf Kosten der Steuerzahler, Bauern und Tierhalter aller Art muss endlich ein Ende haben! Statt für ein großes Raubtier, das in unserer dichtbesiedelten Kulturlandschaft nichts verloren hat, jedes Jahr Millionen an Steuergeldern zu verbrennen, sollte der Freistaat Sachsen sich lieber auf Tierarten konzentrieren, die keine Lobby haben und die immer seltener werden, z.B. unsere Singvögel!

Stiller Protest mit Kinderschuhen



Stiller Protest mit Kinderschuhen in Großschönau vom 30.03.2021, Foto: Steffen Wächter

Der stille Protest mit Kinderschuhen vor Rathäusern, Behörden, Schulen und weiteren staatlichen Einrichtungen fand immer weiteren Zulauf. Auch in Großschönau legten besorgte Eltern, Großeltern und weitere Freunde und Angehörige am letzten März- Wochenende Kinderschuhe vor einer Schule ab. Die Aktionen richteten sich gegen die verordneten Einschränkungen im Schulunterricht bis hin zu Schulschließungen und gegen den damit verbundenen Verlust der sozialen Kontakte und Beziehungen unter den Kindern. Besonders in Brandenburg kochte die Thematik hoch. Die Jüdische Gemeinde beispielsweise zog Parallelen zu den „hunderttausendfachen Morden an jüdischen Kindern“ und sieht eine „Relativierung des Hitler-Faschismus“. Die Aktionen sind nach ihrer Ansicht „genauso geschmacklos wie der Judenstern für Impfgegner“.¹ Bei allem Ernst zur historischen Vergangenheit, den Kinderschuh-Protest mit derartigen Vergleichen zu überziehen, bedarf keiner weiteren Worte. Zumal man auf solche Vergleiche erstmal kommen muss. Ja liebe Leser, Sie haben richtig gelesen. Die ständigen Vergleiche aller Art mit der Nazidiktatur werden inzwischen inflationär gebraucht mit dem perfiden Ziel, alle regierungskritischen Demonstrationen und Protestformen im Keim zu ersticken und um Menschen vom ihrem im Grundgesetz verankerten Demonstrationsrecht im Voraus abzuhalten. Selbst solcher Methoden ist man sich nicht zu schade, um zu versuchen, die Proteste mit Kinderschuhen abzuwürgen. Hier sind Maß und Mitte völlig verlorengegangen. Liebe Eltern, Großeltern, Angehörige und Freunde – ich appelliere an Sie: Lassen Sie sich von solchen Einschüchterungen auch zukünftig nicht verunsichern. Nutzen Sie entschlossen Ihre Grundrechte für die Rechte unserer Kinder!

Maskengate - Der tiefe Sumpf der CDU/CSU

Tja liebe Leser, hier kommt ein kleiner Rückblick auf den vergangenen März 2021. Können Sie sich noch erinnern, wie fast im Tagestakt neue Affären von Abgeordneten der CDU/CSU ans Licht kamen, wo es um dubiose Maskengeschäfte, horrenden Provisionen oder Gelder aus Aserbaidschan ging? ...Ja da war doch was, denken sich jetzt die meisten. Aber alles Schnee von gestern, abgehakt und zurück zur Tagesordnung. Hier nochmal eine kleine Erinnerungstütze:

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Nikolaus Löbel: Er nutzte sein Bundestagsmandat für Maskengeschäfte aus und kassierte dafür 250.000,00€ Provision. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Anfangsverdachts für die Begehung mehrerer Straftaten.

Der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete Georg Nüßlein: Ihm wird Korruption vorgeworfen. Er soll über seine Beraterfirma 660.000,00€ bezüglich Masken-Geschäften verdient und nicht versteuert haben. Eine weitere Zahlung von 540.000,00€ soll von einer Bank in Liechtenstein gestoppt worden sein. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Anfangsverdachts der Bestechlichkeit.

Der bayerische CSU-Landtagsabgeordnete und ehemalige bayerische Justizminister Alfred Sauter: Er nutzte sein Abgeordnetenmandat für Maskengeschäfte. Die Generalstaatsanwaltschaft München ermittelt wegen des Anfangsverdachts der Korruption. Er soll eine Million Euro kassiert haben. Der Geschäftspartner von Sauter und Nüßlein sitzt inzwischen in Untersuchungshaft.

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann: Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Mandatsträgerbestechlichkeit. Er soll einen hohen sechsstelligen Eurobetrag als Provision für Maskengeschäfte kassiert haben. Er soll zudem auch für Aserbaidschan, Vietnam und Taiwan geworben haben.

Die Liste lässt sich weiter fortsetzen. Auch Gesundheitsminister Jens Spahn hat Masken über die Firma seines Ehemannes, Daniel Funke, beschaffen lassen. Welch ein Zufall.

Und jetzt, liebe Leser, stellen Sie sich mal vor, das alles wären AfD-Abgeordnete gewesen, der mediale Aufschrei wäre, tage- ja wochenlang unüberhörbar gewesen. LR und SZ hätten auf ihren Titelseiten berichtet, Sudel-Ede vom ZDF hätte die AfD genüsslich an den Pranger gestellt, die Talkshows von Anne Will und Co. wären mit Gästen voll gewesen, die ihre Moralleule geschwungen hätten. Aber so waren es eben keine AfD-Leute und außer einer kurzen Meldung in der Tagesschau und im heute journal kam da nicht viel. Diese Affären haben etwas dazu beigetragen, dass die CDU massiv in der Wählergunst abgerutscht ist, aber das kann sich ja bis zur Bundestagswahl im September wieder ändern! Liebe Leser, wir vergessen das nicht und Sie sollten es auch nicht, daher denken Sie daran, wem Sie im September Ihre Stimme geben! Und damit sind nicht die Grünen gemeint!

¹ Quelle: https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/coronavirus/beitraege_neu/2021/03/corona-juedischegemeinde-holocaust-protest-demonstration.html



MdB Jens Oberhoffner

Mitglied im Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Sprecher für regionale Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen

Homepage: www.jensoberhoffner.de

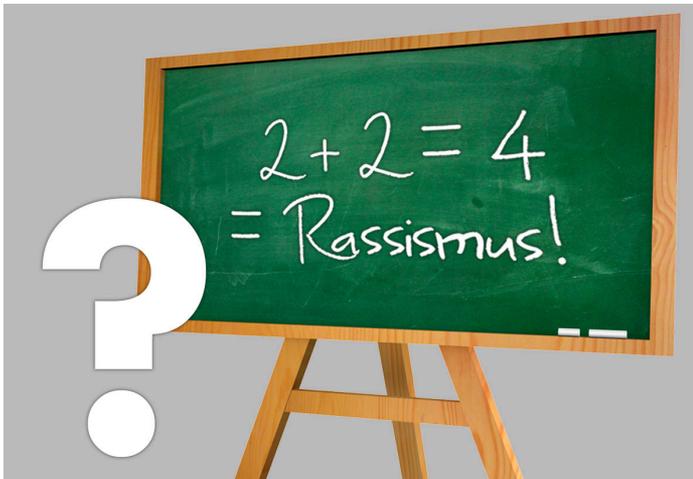
E-Mail: buerou@jensoberhoffner.de

Linke »Bildungsexperten«: Mathe ist Produkt »weißer Überlegenheit«

Wussten Sie schon, dass Mathe rassistisch ist? Und dass eindeutige Rechenergebnisse ein »Charakterzug weißer Überlegenheit« sind? Diese Thesen werden ernsthaft von der Bildungsabteilung des US-Bundesstaates Oregon vertreten. Oregon gilt in den USA als linke Hochburg.

In Lehrerfortbildungen wird nun vermittelt „Rassismus in der Mathematik abzubauen“. Dies soll bei Rechenaufgaben etwa über die Einführung mehrerer Antwortmöglichkeiten geschehen. Damit sollen die Leistungsunterschiede zwischen Schwarzen, Weißen, Latinos und Asiaten verwischt werden; bzw. sollen die durchschnittlich besseren Mathe-Leistungen der weißen Schüler nicht mehr zum Tragen kommen.

Denn nach der Logik des »Antirassismus« darf es diese nicht geben; sie können nur das Ergebnis von »weißer Vorherrschaft« (engl.: »white supremacy«) in der Mathematik sein. Wo die Theorie in der Realität nicht aufgeht, wird nach typisch linkem Motto verfahren: Pech für die Realität! Wie in der Wunsch-Kinderwelt der Pippi Langstrumpf – „2 x 3 macht 4. [...] Ich mach' mir die Welt



Widdewidde wie sie mir gefällt“ – werden hier beliebige Phantasmen zur Grundlage der Bildungspolitik. Auch in Deutschland breitet sich das ideologische Feld des »Antirassismus« aus. An den Unis werden »Critical Whiteness Studies« oder »Postcolonial Studies« z.T. staatlich gefördert. Kinderbücher, Klassiker und Werbefotografien werden ethnisch »diversifiziert«. Schimären von angeblich »strukturellem Rassismus« wabern durch die Diskurse. Ein aggressiver Hass auf »alte weiße Männer« dringt in die Alltagskultur – nicht zuletzt durch die auch hierzulande auftretende »Black Lives Matter«-Bewegung.

Der »Antirassismus« ist Gift für unsere Gesellschaft. Er führt überall den Rassebegriff ein, wo er nicht gebraucht wird – selbst in der Mathematik! Er projiziert auf alles seine manische schwarz-weiß-Unterscheidung.

Der »Antirassismus« erzählt den einen, sie seien Unterdrückte, und den anderen, sie seien Unterdrücker. Er wiegelt auf und spaltet, während sich seine Sprecher im Gefühl moralischer Überlegenheit gefallen.

Diese gefährliche, wissenschaftsfeindliche und die Grenze zur Idiotie überschreitende Ideologie darf in Deutschland keinen Fußbreit an Boden mehr gewinnen. Um es mit dem Publizisten Michael Klonovsky zu sagen: „Der Antirassismus ist – einzelne Idealisten ausgenommen – keineswegs ein Hilfsangebot für Diskriminierte, sondern die aktuelle Maske des Marxismus, eine totalitäre Ideologie, mit der die Linken nach der Macht greifen.“

Doppelmoral bei der Polizeigewerkschaft: Afd-Mitglieder müssen gehen

Bei der Gewerkschaft der Polizei spricht man gerne über Demokratie und die Verteidigung von Grundrechten. Für die Afd, die größte Oppositionspartei in Deutschland, scheint das allerdings nicht zu gelten. Die Polizeigewerkschaft beweist jetzt abermals ihre politische Instrumentalisierung durch die SPD.

Die Gewerkschaft der Polizei soll sich nach einjähriger Beratung dazu entschlossen haben, dass Afd-Mitglieder die Gewerkschaft verlassen müssen. Demnach soll es einen Unvereinbarkeitsbeschluss geben, der es Mitgliedern der Gewerkschaft in Zukunft verbieten soll, gleichzeitig auch Mitglied der Afd zu sein.



Für mich ist das ein Skandal! Das ist nicht nur ein Beschluss gegen die Grundrechte unseres Landes, sondern auch gegen die eigenen Polizisten. Wir als Afd sind eine demokratisch gewählte Partei, die sich immer wieder für die Belange der Polizisten eingesetzt hat. Dem einzelnen Beamten ist nichts vorzuwerfen.

Jahrelang haben wir mit der Gewerkschaft auf Augenhöhe kommuniziert. Auch wenn man sich nicht immer in allen Belangen einig war, gehört dieser Austausch zu einer Demokratie dazu. Sich jetzt politisch gegen die

eigenen Polizisten zu stellen, weil sie der „falschen“ Partei angehören, überschreitet den Zweck der Gewerkschaft deutlich.

Warum wählen Polizisten die AfD? Dazu habe ich mit Martin Hess ein Buch herausgegeben. Das Buch können Sie bei mir im Büro in Görlitz erhalten.

Absage von Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen

Während der Corona-Pandemie erleben wir die massive Einschränkung unserer verfassungsmäßigen Grundrechte. Kritik daran zu äußern ist richtig und wichtig. Nicht nur im Internet, sondern auch auf Demonstrationen das gehört zu unserem Recht. Dennoch erleben wir von Seiten des Staates massive Einschränkungen bei der Möglichkeit, unserer Kritik einen Raum zu geben.

Dass einige Politiker und Richter unliebsame Demonstrationen gerne verbieten und absagen, das mussten wir schon mehrfach erleben. Zuletzt am 03.04., als wir im Anschluss an unseren Auto-Korso nach Dresden eine Kundgebung abhalten wollten. Gerade einmal zehn Minuten vor Beginn der Veranstaltung hat das Verwaltungsgericht die Ausführung unserer Demonstration untersagt. Ein Gang zum Oberlandesgericht war uns wegen der kurzfristigen Entscheidung nicht mehr möglich.

Das ist vollkommen unverständlich, lag doch ein umfassendes Hygienekonzept der Kundgebung vor. Das Gericht hat sich offenbar nicht ausreichend mit unseren Argumenten beschäftigt. Und auch in Baden-Württemberg fanden etliche Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen statt. Warum das in Sachsen nicht möglich war, ist nach wie vor fraglich.



Doch nicht alle Demonstrationen kann man verbieten, das widerspricht unserem Grundgesetz. Auch in Zittau haben sich am 05.04. mehrere Personen versammelt, um ihrem Unmut über die Corona-Maßnahmen Ausdruck zu verleihen. Es war ein friedlicher Protestspaziergang, an dem sich zumeist Eltern mit Kindern, Senioren, Jugendliche und vor allem aber ausschließlich friedliche Bürger beteiligt haben.

Dort hat man die Demonstration zwar nicht verboten, aber die Vermutung liegt nahe, dass man mittels eines immens hohen Polizeiaufgebots versucht hat, teilnehmende Demonstranten abzuschrecken. Fast eine ganze Hundertschaft von Polizisten war anwesend, so zeigen es die Fotos.

Friedlichen Spaziergänge und Proteste sind ein legitimes Mittel, um den eigenen Unmut und die Kritik an den Corona-Maßnahmen zu äußern. Das ist unbestritten. Doch warum agiert der Staat direkt mit einem so großen Polizeiaufgebot? Ist das eine bewusste Einschüchterung von friedlichen Bürgern?

Eines hat der friedliche Spaziergang in Zittau gezeigt: Trotz Demonstranten und hohem Polizeiaufgebot ist die Lage friedlich geblieben. Wir werden uns also weiter dafür einsetzen, dass Demonstrationen stattfinden und Kritik an der Regierung auch öffentlich geäußert werden dürfen.



Sebastian Wippel, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion
Innenausschuss
Mitglied im Landesvorstand

Liebe Oberlausitzer!

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Nach über einem Jahr Corona-Ausnahmestand ist der Autokorso zu einem Symbol für den Widerstand geworden.

Die neue Art von Protest - der Autokorso

Ein Versammlungsverbot, das selbst „Spaziergänge“ oder das lautlose Fahnenschwingen an der B96 umfasst, verlangt eine neue Art von Protest. Dutzende Male schon waren wir in diesem Jahr allein in unserem Wahlkreis auf der Straße.

Den strengen Auflagen zum Trotz fanden die Korsos regen Zulauf und haben somit für reichlich Aufmerksamkeit gesorgt. An dieser Stelle ein riesiges Dankeschön an alle, die mitgemacht haben!



Die geplante Abschlusskundgebung „Für Frieden und Freiheit“ in Dresden, die nach dem Oster-Korso am 3. April stattfinden sollte, wurde von der Versammlungsbehörde allerdings verboten. Dass so viele mündige Bürger friedlich für ihre Grundrechte auf die Straße gehen, scheint die Regierung nervös zu machen. Denn mit jeder Form des Protests wird deutlich: Die Bürger lassen sich den Corona-Irrsinn nicht länger gefallen!

Über die Umfrage-Funktion in unserer Telegram-Gruppe „Team Kumpf MdL“ haben wir viel Zustimmung für die Aktionen erhalten. Deshalb machen wir weiter! Dabei setzen wir bewusst auch auf kleinere Touren, damit jeder die Möglichkeit erhält, dabei zu sein.

Das Umfrage-Instrument soll künftig öfter zum Einsatz kommen. So können wir die Mitglieder noch besser in unsere Arbeit miteinbeziehen.

Mobbing und Gewalt an Schulen

In meiner Rede auf der Demonstration gegen Gewalt-Exzesse in unserer Lausitz auf dem Löbauer Altmarkt am 23.07.2020 habe ich wörtlich gesagt:

„Meine Damen und Herren, ich werde mich dafür einsetzen, dass an Schulen Maßnahmen zur Gewaltprävention ergriffen werden, und ich meine nicht die lapidaren Maßnahmen, die wir alle

kennen. Sondern Maßnahmen, die Hand und Fuß haben. Unsere Kinder müssen im Umgang mit Konfliktsituationen geschult werden. Außerdem ist es wichtig, ihnen wieder Werte zu vermitteln, die eine gewaltfreie Kommunikation begünstigen.

Dazu habe ich bereits mit einigen Institutionen Kontakte geknüpft und mich beraten lassen, welche Möglichkeiten bestehen meine Ideen umzusetzen.“

Mit unserem Antrag gegen Mobbing und Gewalt im sächsischen Landtag setzen wir ein klares Zeichen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen und wo Probleme anzupacken sind.

Schulen sind zwar nicht der einzige Ort, an dem Gewalt und Mobbing unter Kindern und Jugendlichen stattfindet. Doch die Schule ist neben der Familie der wichtigste Ort gesellschaftlicher Wertevermittlung. Dort kann Präventionsarbeit Kinder und Jugendliche wirksam erreichen.



Mobbing und Gewalt sind schon lange ein Problem, dem viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Auch das Thema Cybermobbing erhält durch die coronabedingten Schulschließungen und das dadurch entstandene digitale Lernumfeld neuen Aufschwung.

Meiner Einschätzung nach erfolgt vonseiten des Kultusministeriums und der Schulen in diesem Themenfeld zu wenig Aufklärung und Präventionsarbeit. Mit einer Anfrage an die Schulen im Landkreis Görlitz und Bautzen wollte ich konkreten Handlungsbedarf für Schulen, Lehrer und Schüler im Themenfeld Mobbing und Gewalt ermitteln. Auf die Anfrage erfolgte jedoch, bedingt durch die Weisung der Staatsregierung, kaum Resonanz.

Doch es gelang uns, das Thema Mobbing und Gewalt im Landtag auf die Agenda zu setzen. So hatten wir mit Carsten Stahl einen namhaften Referenten gewonnen, sodass meinem Anliegen Nachdruck verliehen werden konnte.

Umweltschutz – Heimatschutz – Heimatliebe Die Rückeroberung eines urkonservativen Themenfeldes

Nein, die Grünen haben den Umweltschutz nicht erfunden. Nachhaltigkeit und Naturverbundenheit sind urkonservative Prinzipien. Ein verantwortlicher Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur gelingt nicht durch landschaftszerstörende Industrieräder oder Klima-Steuern, die den Mittelstand und den kleinen Mann erdrücken. Was den Bürgern als nachhaltige Umweltpolitik verkauft wird, ist eine Mogelpackung. Ein Blick auf die Geschichte lohnt sich:



Im 19. Jahrhundert bildeten sich zahlreiche Bewegungen, die sich gegen die umwelt- und landschaftszerstörenden Folgen der Industrialisierung zur Wehr setzten und Lebensmodelle entwarfen, die in Einklang mit der Natur standen. Die populärste Bewegung formierte sich 1904 in Dresden im „Bund Heimatschutz“ unter der maßgebenden Mitwirkung der konservativen Öko-Reformer Ernst Rudorff und Paul Schultze-Naumburg. Für welche Ideen und Ziele trat der „Bund Heimatschutz“ ein?

- Denkmalpflege (Kultur- und Landschaftsdenkmäler)
- Bestandserhaltung überlieferter Bauweisen
- Schutz des Landschaftsbildes
- Rettung der Tier- und Pflanzenwelt sowie geologischer Eigentümlichkeiten
- Erhalt von Volkskunst, regionalen Sitten, Gebräuchen und Trachten

Der Verein hatte landesweit zahlreiche Ableger und stand in internationalem Austausch mit anderen Verbänden. Er engagierte sich gegen Umweltverschmutzung (z.B. durch Fabriken), im Bereich der Bauberatung und pädagogischen Aufklärung. In ihm äußerte sich „die Suche nach einem Ausweg aus dem devastierenden Wirken des Kapitalismus“ (Sieferle 2020: S. 273).

Das Ziel des Bundes Heimatschutz der „Wiederbelebung der kulturellen Tradition“ im Rahmen naturschützender Ambitionen blieb letzten Endes eine „konservativutopische“ Konzeption (Sieferle 2020: S. 277).

Heute gilt es, die Erinnerung an die konservativen Ursprünge des Umweltschutzes wiederzubeleben. Die AfD hat das Potenzial, „grüne“ Themen zurückzuerobieren. Dr. Alexander Gauland hat dazu bereits richtungsweisende Ausführungen gemacht (Die Kehre, 2020 Heft 2, S. 34–40).

Kurzgefasst: Klimaschutz ist nicht gleich Umweltschutz. Was als „Nachhaltigkeit“ etikettiert wird, sei es die E-Mobilität, die Einführung „Erneuerbarer Energien“ und Maßnahmen zur Reduktion von CO₂, birgt letzten Endes für die Umwelt mehr Schaden als Nutzen.

Die Themen Denkmalpflege, Bestandserhaltung überlieferter Bauweisen, Schutz des Landschaftsbildes, der Tier- und Pflanzenwelt sowie der Erhalt von Volkskunst und regionalen Sitten etc. bilden das ab, wofür die AfD steht: Heimatliebe, Heimatschutz sowie Erhalt und Förderung dessen, was bewahrenswert ist.

Ich möchte mich verstärkt für dieses Themenfeld einsetzen, da mir die Zukunft unserer Heimat am Herzen liegt. Es kann nicht sein, dass eine „grüne“ Ideologie, die mit dem Überlieferten brechen und die Menschen entwurzeln will, das Umweltthema besetzt. Deshalb holen wir uns die „Umwelt“ zurück!

Was gilt es zu tun? Einiges. Doch fangen wir im Kleinen an. Ich war im Gespräch mit Förstern und einigen Baumschulen, um beispielsweise Baumpflanz-Aktionen mit Schulkindern in die Wege zu leiten. In diesem Zusammenhang gilt es auch den Sport an Schulen, Wandertage oder Lehrstunden in der Natur ins Visier zu nehmen, um das Umweltbewusstsein junger Menschen zu fördern. Im Schatten von Corona sollten gerade Aktivitäten in der freien Natur, an der frischen Luft gefördert werden. Für Anregungen seitens der Bürger sind wir immer dankbar!

Literaturhinweise:

Gauland, Dr. Alexander (2019): Nation, Populismus, Nachhaltigkeit. Drei Vorträge. Schnellroda.

Schick, Jonas (Hg.) (2020): Die Kehre. Zeitschrift für Naturschutz. Dresden.

Sieferle, Rolf Peter (2020): Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart. Berlin.



Mdl. Mario Kumpf

Mitglied des Sächsischen Landtages

Mitglied des Kreistages von Görlitz

Stadtrat von Ebersbach-Neugersdorf

Neues von der AfD-Kreistagsfraktion Görlitz

Seit Wochen und Monaten schauen Bürger und gewählte Kommunalpolitiker gespannt auf die nächsten Schritte zum Strukturwandel. Wie werden wir Bürger dabei mit einbezogen? Wird hier über unsere Köpfe hinweg oder mit uns entschieden? Auch Gemeinderäte, Stadträte, Kreisräte und Landtagsabgeordnete fragen sich, welche Projekte denn nun wo und wann umgesetzt werden? Alle hatten die Erwartung einbezogen zu werden, gefragt zu werden und sich mit einbringen zu können. Leider weit gefehlt! Weder Bürgerbeteiligungen noch Kommunalpolitiker werden überhaupt gefragt oder gar in die Entscheidungen mit eingebunden. Nicht einmal Prioritäten werden erarbeitet, welche Maßnahmen am wichtigsten sind, um die Entwicklung unserer Region festlegen zu können. Somit sind die von allen Bürgern gewählten Volksvertreter

bei den größten Investitionsvorhaben der nächsten Jahre komplett außen vor!

Kommunalpolitik ohne die gewählten Kommunalpolitiker!

Nicht nur, dass der Bund die Lausitz um Strukturmittel prellt, ein Beispiel ist hier das RKI in Wildau bei Berlin, so sind plötzlich auch Ausgaben in den entferntesten Regionen möglich. Eine Kernzone „Lausitz“ ist nicht



gewollt. So verkommt der auf breiten Schultern versprochene bürgernahe und arbeitsplatzschaffende Strukturwandel in unserer Lausitz leider nur wieder zum Selbstbedienungsladen. Zum einen für Städte und Gemeinden in der Lausitz, um ihre jahrelang unterfinanzierten Haushalte etwas aufzuhübschen und viel zu lange verschobene Sanierungen oder sogar den normalen Betrieb von Einrichtungen wie z.B. die Waldeisenbahn oder die Fürst Pückler Stiftung Bad Muskau zu finanzieren. Zum anderen für Politiker in neuen am Bürger vorbei lancierten Posten mit viel Macht und an allen demokratisch gewählten Parlamenten vorbei. Somit werden Steuermillionen als Kompensation für die Stilllegung unserer Industrie vor Ort für „Wunschprojekte“ für die seit Jahrzehnten herrschende politische Klasse verschleudert. Uns wird hier die Chance auf eine erfolgreiche Zukunft gestohlen und die Verdrossenheit auf die etablierte Politik gestärkt.

Bitte unterstützen Sie uns und unsere Arbeit durch Ihr Engagement als Förderer, Unterstützer oder natürlich als Mitglied. Unser Spendenkonto:

Empfänger: AfD-Kreisverband Görlitz
Verwendungszweck: Spende, Spendername/-adresse
IBAN: DE33 8505 0100 0232 0219 61
BIC: WELADED1GRL

Unsere Büros im Landkreis

Weißwasser I MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert
Muskauer Straße 73, 02943 Weißwasser

Telefon: 03576 / 2186678
Öffnungszeiten: Mo. 14:00 – 18:00Uhr
Di. 09:00 – 15:00Uhr
Mi. 09:00 – 12:00Uhr
Do. 09:00 – 12:00Uhr

Niesky I MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert,
MdL J. Oberhoffner

Muskauer Straße 1, 02906 Niesky
Telefon: 03588 / 2593281
Öffnungszeiten: Di. 09:00 – 13:00Uhr
Mi. 12:00 – 16:00Uhr
Do. 13:00 – 17:00Uhr

Löbau I MdB T. Chrupalla, MdL M. Kumpf
Breitscheidstraße 42, 02708 Löbau

Telefon: 03585 / 4524793
Öffnungszeiten: Mo. 10:00 – 18:00Uhr
Di. 10:00 – 18:00Uhr
Mi. 14:00 – 18:00Uhr
Fr. 09:00 – 12:00Uhr

Görlitz I MdB T. Chrupalla, MdL S. Wippel, Kreistagsfraktion
Berliner Straße 51, 02826 Görlitz

Telefon: 03581 / 6861634
Öffnungszeiten: Mo. 09:00 – 12:00Uhr
Mi. 13:00 – 17:00Uhr
Fr. 09:00 – 12:00Uhr

Zittau I MdB T. Chrupalla, MdL J. Oberhoffner
Äußere Weberstraße 19, 02763 Zittau

Telefon: 03583 / 5627090
Öffnungszeiten: Di. 09:30 – 17:30Uhr
Do. 12:30 – 16:30Uhr
Fr. 13:00 – 15:00Uhr

www.afdgoerlitz.de



Impressum

Herausgeber:
ZUNEX Media GmbH
Hauptstraße 38
D-02829 Markersdorf

Druck & Verlag:
ZUNEX Media GmbH
Hauptstraße 38
D-02829 Markersdorf

V.i.S.d.P.: Tino Chrupalla, ausgenommen Seite 4,5:
Roberto Kuhnert, Seite 6,7: Jens Oberhoffner, Seite 8,9:
Sebastian Wippel, Seite 10,11: Mario Kumpf
Salomonstraße 1, 02826 Görlitz

Telefon: 03581/68 616 34
E-Mail: vorstand@afdgoerlitz.de